

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Übersichten	11
Abkürzungsverzeichnis	13
Vorwort	17
Zusammenfassung	19
Einleitung	21
<i>1. Kapitel: Kollektives Regierungslernen als analytischer Rahmen</i>	35
§ 1: Kernexekutiven als Organisationen?	35
§ 2: Kernexekutiven als lernende Kollektive: Abstrakte Hypothesen	40
I. Begriffliche Klärungen	40
II. Institutionelle Rahmenbedingungen flexibler Informationsverarbeitung von Kernexekutiven	46
III. Institutionelle Rahmenbedingungen und Veränderungen von Kernexekutiven durch individuelles Lernen	48
IV. Institutionelle Rahmenbedingungen und Veränderungen von Kernexekutiven durch Machtverschiebungen	51
V. Zusammenfassung der abstrakten Hypothesen	52
§ 3: Britische und Deutsche Kernexekutiven in der europäischen Verfassungs- und Währungspolitik: Arbeitshypothesen	54
I. Britische und deutsche Europapolitik: Institutionelle Rahmenbedingungen	55
II. Veränderungen britischer und deutscher Kernexekutiven in der europäischen Verfassungs- und Währungspolitik durch systemisches Lernen	59
III. Veränderungen britischer und deutscher Kernexekutiven in der europäischen Verfassungs- und Währungspolitik durch individuelles Lernen	60
IV. Veränderungen britischer und deutscher Kernexekutiven in der europäischen Verfassungs- und Währungspolitik durch Machtverschiebungen	65
§ 4: Zwischenfazit	67

Inhaltsverzeichnis

2. Kapitel: <i>Blockaden grundlegender Veränderungen in der britischen Integrationspolitik</i>	69
§ 1: Integrationspolitische Kernexekutive zu Beginn der Ära Thatcher	70
§ 2: Präferenzbildung der britischen Regierung zur EEA	77
I. Erste Phase: Wechselnde Strategien bei der britischen Beitragsfrage	77
II. Zweite Phase: Strategien bei der Verabschiedung der EEA	82
III. Individuelles Lernen ohne wesentliche Auswirkungen bis 1986	87
IV. Blockaden durch fortschreitende Machtkonzentration bis 1986	91
V. Zwischenfazit: Lernblockaden durch Machtkonzentration 1979 bis 1986	94
§ 3: Präferenzbildung zu Fragen der politischen Union bei der Vorbereitung des Maastrichter Vertrags	96
I. Erste Phase: Blockaden neuer Konzepte durch Machtkonzentration am Ende der Ära Thatcher	97
II. Zweite Phase: Probleme des britischen Mehrheitssystems beim Zweiebenenspiel zur Politischen Union in Maastricht	98
III. Auswirkungen individueller Lernprozesse der Premierministerin 1986 bis 1991	101
IV. Machtverschiebungen ohne unmittelbare inhaltliche Auswirkungen auf die politischen Inhalte 1986 bis 1991	103
V. Zwischenfazit: Blockaden komplexer Lernprozesse durch starke Machtkonzentration 1986 bis 1991	107
§ 4: Präferenzbildung der Regierung Major zu Fragen der politischen Integration nach Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags	107
I. Entstehung von Vetospielern in der britischen Mehrheitsdemokratie 1991 bis 1997	108
II. Blockade kollektiver Lernprozesse und flexibler Informationsverarbeitung durch sequentielle Vetospieler 1991 bis 1997	113
III. Rückkehr zur Thatcheristischen Europapolitik durch stetige Machtverluste des Premiers 1991 bis 1997	116
IV. Zwischenfazit: Kollektive Misserfolge durch fehlende inhaltliche Flexibilität 1991 bis 1997	121
§ 5: Schlussfolgerungen: Ideologische und institutionelle Blockaden grundlegender und dauerhafter Veränderungen	123

Inhaltsverzeichnis

<i>3. Kapitel: Blockaden kollektiven Lernens in der britischen Währungspolitik</i>	129
§ 1: Währungspolitische Kernexekutive zu Beginn der Ära Thatcher	130
§ 2: Währungspolitische Präferenzbildung der britischen Kernexekutive 1979 bis 1991	132
I. Erste Phase: Stabilität und geringe Konflikte in der Frage eines ERM-Beitritts bis 1985	132
II. Zweite Phase: Blockaden kollektiver Lernprozesse beim Konflikt um den ERM-Beitritt 1985 bis 1990	136
III. Dritte Phase: Blockaden kollektiver Lernprozesse in der Endphase der Regierung Thatcher	140
IV. Vierte Phase: Stabile Grundlagen aber veränderte Taktik der Regierung Major bei der Verabschiedung des Maastrichter Vertrags	143
V. Blockaden kollektiver Lernprozesse im britischen Mehrheitssystem 1979 bis 1991	146
VI. Inhaltliche Veränderungen ausschließlich durch Machtverschiebungen 1979 bis 1991	151
VII. Zwischenfazit: Verhinderung kollektiver Lernprozesse durch Machtkonzentration zwischen 1979 und 1991	154
§ 3: Währungspolitische Präferenzbildung der britischen Kernexekutive 1992 bis 1997	156
I. Erste Phase: Vollständige gegenseitige Blockade durch konfrontatives Zwangsverhandlungssystem beim ERM-Ausscheiden 1992	157
II. Zweite Phase: Blockaden neuer Konzepte nach dem ERM-Ausscheiden 1992	159
III. Blockaden kollektiver Lernprozesse durch sequentielle Vetospieler 1991 bis 1997	160
IV. Inhaltliche Veränderungen durch stetige Machtverluste des Premiers 1991 bis 1997	162
V. Zwischenfazit: Atypische Machtverteilungen in der britischen währungspolitischen Kernexekutive 1991 bis 1997	163
§ 4: Schlussfolgerungen: Lediglich kurzfristige Veränderungen der britischen währungspolitischen Kernexekutive durch Machtverschiebungen	164

Inhaltsverzeichnis

<i>4. Kapitel: Kollektives Lernen in der deutschen Integrationspolitik</i>	167
§ 1: Integrationspolitische Kernexekutive zu Beginn der Ära Kohl	167
§ 2: Präferenzbildung der deutschen Kernexekutive zur EEA	178
I. Breiter innenpolitischer Konsens bei den Verhandlungen zur EEA	178
II. Keine grundlegenden kollektiven Lernprozesse bis 1986	182
III. Kaum Veränderungen durch Machtverschiebungen bis 1986	183
IV. Zwischenfazit: Keine wesentlichen Veränderungen 1982 bis 1986	184
§ 3: Präferenzbildung zu Fragen der politischen Union bei der Vorbereitung des Maastrichter Vertrags	185
I. Entwicklung neuer Konzepte zur politischen Union durch deutsche Verhandlungssysteme mit geringer Machtkonzentration	185
II. Flexible Reaktionen auf neue europapolitische Herausforderungen 1986 bis 1991	188
III. Verhinderung möglicher innenpolitischer Blockaden durch relative Machtgewinne des Kanzleramts 1986 bis 1991	189
IV. Zwischenfazit: Veränderte Entscheidungsfindung aber unveränderte politische Ziele 1987 bis 1991	191
§ 4: Präferenzbildung zu Fragen der politischen Integration für die Regierungskonferenz im Vorfeld des Amsterdamer Vertrags	192
I. Erste Phase: Keine Blockade trotz kritischer Vetospieler bei der Ratifikation des Maastrichter Vertrags	192
II. Zweite Phase: Neue Konzepte und erfolgreiche Strategien bei der Entwicklung deutscher Positionen für die Regierungskonferenz 1996	195
III. Individuelle und kollektive Lernprozesse durch konkordante Vetospieler ab 1992	202
IV. Stetige politische Veränderungen durch Machtverschiebungen in der deutschen integrationspolitischen Kernexekutive ab 1992	203
V. Zwischenfazit: Flexible Verarbeitung neuer Informationen in der deutschen integrationspolitischen Kernexekutive ab 1992	205
§ 5: Schlussfolgerungen: Rahmenbedingungen begünstigen und verhindern Veränderungen der deutschen integrationspolitischen Kernexekutive 1982 bis 1998	206

Inhaltsverzeichnis

<i>5. Kapitel: Grundlegende Veränderungen in der deutschen Währungspolitik</i>	209
§ 1: Deutsche währungspolitische Kernexekutive zu Beginn der Ära Kohl	209
§ 2: Währungspolitische Präferenzbildung 1982 bis 1991	213
I. Stabilität der deutschen währungspolitischen Kernexekutive bis 1989	213
II. Grundlegende Veränderungen der deutschen währungspolitischen Kernexekutive zwischen 1987 und 1991	216
III. Kollektive Lernprozesse auf unterschiedlichen Ebenen 1982 bis 1991	221
IV. Unterstützung der kollektiven Lernprozesse durch Machtverschiebungen 1982 bis 1991	226
V. Zwischenfazit: Wesentliche und dauerhafte kollektive Lernprozesse 1982 bis 1991	227
§ 3: Präferenzbildung der deutschen Kernexekutive zu Fragen der Währungsunion nach der Verabschiedung des Maastrichter Vertrags	229
I. Umsetzung der Währungsunion trotz kritischer Vetospieler	229
II. Individuelle und kollektive Lernprozesse als Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung der Währungsunion	232
III. Kaum relevante Machtverschiebungen bei der Vollendung der Währungsunion bis 1998	236
IV. Zwischenfazit: Verstetigung der wesentlichen Veränderungen durch Einbindung der Vetospieler in kollektive Lernprozesse 1991 bis 1998	236
§ 4: Schlussfolgerungen: Einbindung konkordanter Vetospieler ermöglichte die Entwicklung und Durchsetzung grundlegender dauerhafter Veränderungen 1982 bis 1998	238
 <i>6. Kapitel: Fazit</i>	 241
 Literaturverzeichnis	 253
 Anhang A: Wichtige Personen, Ämter und Amtszeiten in Großbritannien	 277
 Anhang B: Wichtige Personen, Ämter und Amtszeiten in Deutschland	 281

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	Dimensionen zur Einordnung von Veränderungen von Kernexekutiven in vereinfachter (dichotomisierter) Form	24
Übersicht 2:	Auswahl der Fallstudien (vereinfacht)	28
Übersicht 3:	Akteurtypen	40
Übersicht 4:	Lernbegriffe	42
Übersicht 5:	Kollektives Regierungslernen als analytischer Rahmen zur Analyse von Veränderungen europapolitischer Kernexekutiven	45
Übersicht 6:	Strukturelle Machtquellen und Machthindernisse des Regierungschefs in Deutschland und in GB im Vergleich	64
Übersicht 7:	Ad-hoc-Regelungen zugunsten des Vereinigten Königreichs 1980-1984	80
Übersicht 8:	Faktionen im ursprünglichen Kabinett Thatcher	91
Übersicht 9:	Faktionen im Kabinett Thatcher ab Juni 1983	93
Übersicht 10:	Akteurkonstellationen in der britischen integrationspolitischen Kernexekutive bis 1986	95
Übersicht 11:	Akteurkonstellationen in der britischen integrationspolitischen Kernexekutive bei der Aushandlung der Politischen Union in Maastricht	108
Übersicht 12:	Veränderungen der Bewertung des Europäischen Integrationsprozesses durch John Major	114
Übersicht 13:	Unterhauswahlen in Großbritannien	118
Übersicht 14:	Ergebnisse der Direktwahlen zum Europäischen Parlament in Großbritannien	119
Übersicht 15:	Akteurkonstellationen in der britischen integrationspolitischen Kernexekutive 1991 bis 1997	122
Übersicht 16:	Akteurkonstellationen in der britischen währungspolitischen Kernexekutive 1979 bis 1985	135
Übersicht 17:	Akteurkonstellationen in der britischen währungspolitischen Kernexekutive zwischen 1986 und dem Ende der Amtszeit Thatcher	138
Übersicht 18:	Akteurkonstellationen in der britischen währungspolitischen Kernexekutive bei der Aushandlung der Währungsunion in Maastricht	144
Übersicht 19:	Auf- und Abwertungen im EWS	149
Übersicht 20:	Akteurkonstellationen in der britischen währungspolitischen Kernexekutive 1991 bis 1997	159
Übersicht 21:	Deutsche interministerielle Koordinationsgremien europapolitischer Zusammenarbeit bis 1998	172
Übersicht 22:	Akteurkonstellationen in der deutschen integrationspolitischen Kernexekutive bei der Aushandlung der Einheitlichen Europäischen Akte	181

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 23:	Akteurkonstellationen in der deutschen integrationspolitischen Kernexekutive bei der Aushandlung der Politischen Union des Maastrichter Vertrags	191
Übersicht 24:	Akteurkonstellationen in der deutschen integrationspolitischen Kernexekutive ab 1992	204
Übersicht 25:	Europapolitische Kapazitäten deutscher Bundesministerien 1998	208
Übersicht 26:	Akteurkonstellationen in der deutschen währungspolitischen Kernexekutive bis 1987 (Währungsunion) bzw. 1989 (EWS)	214
Übersicht 27:	Akteurkonstellation in der deutschen Kernexekutive bei der Aushandlung der Währungsunion	228
Übersicht 28:	Konstellationen korporativer deutscher Akteure bei der Aushandlung der Währungsunion	229
Übersicht 29:	Konvergenz zwischen den Euro-Kandidaten von Februar 1997 bis Januar 1998	234
Übersicht 30:	Akteurkonstellationen in der deutschen währungspolitischen Kernexekutive bei der Vollendung der Währungsunion	237
Übersicht 31:	Konstellationen korporativer deutscher Akteure bei der Vollendung der Währungsunion	238
Übersicht 32:	Solidarische und kompetitive Interaktionsorientierungen	244
Übersicht 33:	Typen von Vetospielern und Veränderungen von Kernexekutiven durch kollektives Lernen	245
Übersicht 34:	Institutionelle Rahmenbedingungen und kollektives Lernen	247
Übersicht 35:	Institutionelle Voraussetzungen für kollektives Lernen	248
Übersicht 36:	Beurteilung der Hypothesen	250

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AdR	Ausschuss der Regionen
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
BATINA	Best Alternative To a Negotiated Agreement
BBQ	British Budget Question (spöttisch auch: „Bloody British Question“), Streit um die britischen EG-Beiträge 1979-1984
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDB	Bundesverband deutscher Banken
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BMF	Bundesministerium/Bundesminister der Finanzen
BMJ	Bundesministerium/Bundesminister der Justiz
BML	Bundesministerium/Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (2001 mit Teilen des Gesundheitsministeriums zum heutigen Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet)
BMWi	Bundesministerium/Bundesminister für Wirtschaft (seit 1998: Wirtschaft und Technologie)
BVG	Bundesverfassungsgericht (D)
BVR	Bund deutscher Volks- und Raiffeisenbanken
CAP	Common Agricultural Policy
CBI	Confederation of British Industry (UK)
COREPER	Comité des Représentants Permanents (Ausschuss der Ständigen Vertreter)
CPRS	Central Policy Review Staff (UK)
CPS	Center for Policy Studies (UK)
DBV	Deutscher Bauernverband
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DNH	Department of National Heritage (UK)
DoE	Department of Environment (UK)
DoH	Department of Health (UK)
DOP	Defence and Overseas Policy Committee of the Cabinet (UK, Kabinettsausschuss und Vorsitz des Premierministers), begleitet vom OD(O), einem Ausschuss leitender Civil Servants unter Vorsitz des Cabinet Secretary, zur Mitgliedschaft siehe http://www.Cabinet-office.gov.uk/cabsec/2002/cabcom/dop.htm

Abkürzungsverzeichnis

DOP(E)	Defence and Overseas Policies (Europe) Committee of the Cabinet (UK, Unterausschuss des Kabinetts unter Vorsitz des Foreign Secretary), siehe http://www.Cabinet-office.gov.uk/cabsec/2001/cabcom/ep.htm
DOP(O)	Defense and Overseas Policies (Officials), Ausschuss leitender Civil Servants unter Vorsitz des Cabinet Secretary
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband
DSS	Department of Social Security (UK)
DTI	Department of Trade and Industry (UK)
ECOFIN	EC-Ministerrat der Wirtschafts- und Finanzminister
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFWZ	Europäischer Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EMI	European Monetary Institute (Europäisches Währungsinstitut, EWI)
EMS	European Monetary System (institutioneller Rahmen des EWS)
EMU	Economic Monetary Union
ERM	Exchange Rate Mechanism (Wechselkursmechanismus des EMS)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Union
EUV-A	Vertrag von Amsterdam
EUV-M	Vertrag von Maastricht
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWS	Europäisches Wechselkurssystem (im deutschen Sprachgebrauch ist eine Unterscheidung zwischen ERM und EMS nicht üblich, EWS wird – im Gegensatz zur englischen Abkürzung EMS auch für den ERM allein gebraucht)
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCO	Foreign and Commonwealth Office (UK)
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GG	Grundgesetz (D)
GSDS	Gesellschaft zum Schutz der deutschen Sparer

Abkürzungsverzeichnis

IEA	Institute of Economic Affairs (UK)
IGC	Intergovernmental Conference (Europäische Regierungskonferenz)
IGC-EMU	Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion (Economic and Monetary Union) im Vorfeld des späteren Maastrichter Vertrags (Dezember 1990 bis Dezember 1991)
IGC-PU	Regierungskonferenz zur Politischen Union im Vorfeld des späteren Maastrichter Vertrags (Dezember 1990 bis Dezember 1991)
KA	Kanzleramt (D)
KA-Ö	Kanzleramt (D), „ökonomische Abteilung“ (Abteilung 4 „Wirtschaftspolitik“)
KA-P	Kanzleramt (D), „politische Abteilung“ (Abteilung 2 „Auswärtige (und bis 1990 innerdeutsche) Beziehungen“)
MAFF	Ministry of Agriculture, Fisheries, and Food (UK)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MP	Member of Parliament (Mitglied des britischen Unterhauses)
OPS	Office of Public Service, Teil des Cabinet Office (UK)
QMV	Qualified Majority Voting
SDI	Strategic Defense Initiative („Star Wars“)
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme, Violence Internationale (Bezeichnung für die 1976 begonnene Zusammenarbeit der EG-Innenminister und hoher Beamter mit dem Hauptziel der gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus)
UKREP	Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs bei der EG/EU

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die geringfügig aktualisierte, überarbeitete und gekürzte Fassung einer Habilitationsschrift, die im Februar 2003 an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum eingereicht wurde. Das Habilitationsverfahren im Fach Politikwissenschaft wurde im Juli 2003 mit einem mündlichen Kolloquium zum Thema „Leistungen und Grenzen einer politischen Institutionenökonomie für die Erklärung der Folgen der europäischen Integration“ abgeschlossen.

Ein wesentlicher Teil der vorliegenden Arbeit ist in meiner Zeit als wissenschaftlicher Assistent bei Ulrich Widmaier am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre und Politikfeldanalyse der Ruhr-Universität Bochum entstanden. Die Fragestellung und mein Interesse an polit-institutionalistischen Ansätzen wurden stark von meinem langjährigen akademischen Lehrer (und fachlichem wie menschlichem Vorbild) geprägt. Dennoch musste ich in der vorliegenden Arbeit das von Uli immer wieder überzeugend dargelegte Plädoyer für möglichst sparsame, in sich logische und gleichzeitig weitreichende Erklärungen zumindest in der Grobanlage der Arbeit bewusst vernachlässigen. Meine Rechtfertigung dafür liegt in dem Bemühen, gleichzeitig auch noch andere Ansprüche zu erfüllen. So sehe ich in der breiten Palette notwendiger politikwissenschaftlicher Arbeiten nicht nur Platz für sparsame Erklärungen, sondern auch Bedarf für optimistische Studien. Politikwissenschaft sollte sich auch darum bemühen, auf normative Hintergründe von Politik hinzuweisen und pragmatisch Änderungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Nur so kann der Gefahr begegnet werden, durch die Konstruktion scheinbarer Sachzwänge den demokratischen Handlungsspielraum unnötig einzuschränken. Dieser normative Anspruch ist wahrscheinlich der Grund dafür, dass ich mich bei verschiedenen Arbeiten mit unterschiedlichen Fragestellungen immer wieder für theoretische Ansätze entscheide, die (wenn auch mit unterschiedlichem Hintergrund) auf politische Veränderungen und politisches Lernen zielen.

Mir ist wirklich nicht klar, inwiefern ich mit diesem Anspruch von meinem zweiten akademischen Vorbild und persönlichen Freund Klaus Schubert geprägt worden bin. Wahrscheinlich verdanke ich Klaus einen weitaus größeren Teil dessen, was ich für meine eigenen Ideen halte, als ich mir je eingestehen werde.

Während der langen und teilweise verzweifelten Zeit der Vorbereitung dieser Studie standen mir zudem meine lieben Kollegen Maria Behrens, Stefan Marschall, Christoph Strünck und Hubert Zimmermann fachlich und menschlich zur Seite. Auch die vielfältige Unterstützung und Kritik durch Diana Schumann, Monika Bledowska, Lars Heidemann und Stefan Seifen vom „Team Widmaier“ hat zur Fertigstellung der Arbeit beigetragen. Ausgesprochen hilfreich war auch die frühzeitige kompetente Kritik einer Vielzahl von Fachkollegen unter anderem bei Vorträgen an den Universitäten Hagen und Tübingen (wo ich besonders Josef Schmid für die Einladung danke).

Die Studie war nur durch ein Forschungsstipendium der DFG (Förderziffer BA 1912/1-1) für einen halbjährigen Aufenthalt in Großbritannien möglich. Ich hatte dabei das Glück, im Kreis exzellenter Kollegen am IGS der Universität in Birmingham arbeiten zu können. Besonderer Dank gilt dem Direktor des Instituts, William Paterson, der mir nicht nur hervorragende Arbeitsbedingungen ermöglicht hat. Ich verdanke ihm auch viele sachliche Hinweise und konnte auf sein persönliches Netzwerk zurückgreifen. Auch allen Mitarbeitern, Kollegen und Studenten des Instituts danke ich ebenso wie den

Vorwort

Interviewpartnern aus Politik und Wissenschaft. Konstruktive Hinweise konnte ich auch von den zahlreichen Gutachtern erhalten (vier Gutachter im Habilitationsverfahren und zwei Gutachter der DFG). Glücklicherweise haben sie sich nicht als „Examinators“ erwiesen, wie ich sie einst in einer meiner unbeabsichtigten Sprachschöpfungen titulierte habe.

Die Arbeit wurde in ihrer ursprünglichen Form in gewohnt kompetenter und zuverlässiger Weise von Angelika J. Hüpen korrekturgelesen. Angesichts meiner späteren Überarbeitungen ist sie nicht für verbleibende Fehler verantwortlich. Die Abschlussformatierung und Korrektur neu von mir erzeugter Fehler haben Judith Hoffmann, Annabelle Lach, Axel Piesker und ich mit nahezu übermenschlichem Einsatz in Düsseldorf vorgenommen. Allen Genannten gilt mein ganz persönlicher Dank und Respekt.

Meine Familie hat mich auch während dieser hoffentlich letzten Qualifikationsphase meiner jahrzehntelangen Ausbildung großzügig moralisch und ökonomisch unterstützt. Sandra Gehrmanne danke ich dafür, dass sie mich in meinem (maximal) sechs Quadratmeter großen „prison cell“ (deutsch: Wohnheimzimmer) in Birmingham besucht hat. Mein letzter Dank gilt der „Revolution“-Bar und deren sicherlich immer wieder hocherfreuten einheimischen Gästen, denen ich regelmäßig ausführlich von den Details meiner Arbeit berichtet habe (nicht ohne jeweils einleitend die Fehlentscheidung von 1966 zu beklagen). Ich werde nie verstehen, warum man uns Deutsche oft als unbeliebte Gäste in England ansieht...

Bochum/Düsseldorf, August 2004

Nils Bandelow

Zusammenfassung

Die Ausgangsthese des Buches ist, dass institutionelle Rahmenbedingungen politischer Systeme nicht nur die Verabschiedung und Umsetzung neuer politischer Programme im legislativen Prozess prägen, sondern auch die Entwicklung neuer Programme in der Exekutive beeinflussen. Die bisherige politikwissenschaftliche Forschung hat vielfach überzeugend dargelegt, dass ausgeprägte Formen der Gewaltenteilung und bestimmte Konstellationen verhandlungsdemokratischer Arrangements die legislative Durchsetzung neuer politischer Programme behindern können. In der Studie wird zunächst argumentiert, dass eine starke Machtverteilung (etwa eine große Zahl von Vetospielern mit weit entfernten politischen Präferenzen) im politischen System üblicherweise mit einer ebenfalls geringen Machtkonzentration in der Exekutive verbunden ist. Auf Basis soziologischer und betriebswirtschaftlicher Organisationstheorien wird argumentiert, dass dadurch in der Exekutive die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung neuer Konzepte auf Basis veränderter Anforderungen und zusätzlicher Informationen (also die Wahrscheinlichkeit kollektiven Lernens in der Regierung) steigt. Gerade die Rahmenbedingungen also, die in den späten Phasen legislativer Prozesse Neuerungen verhindern, begünstigen diese Neuerungen in der Entwicklungsphase neuer Politikprogramme in der Regierung.

Die dazu entwickelten Hypothesen werden auf Basis von vergleichenden Fallbeispielen aus der europäischen Verfassungs- und Währungspolitik geprüft. Mit der Auswahl dieser außenpolitischen Felder werden bewusst Policies gewählt, die in besonderer Weise von der Exekutive geprägt werden. Als Länderbeispiele wurden mit Großbritannien und Deutschland Fälle mit möglichst unterschiedlichen Machtverteilungen gewählt. Im Wesentlichen entsprechen die Ergebnisse der Fallstudien den theoretisch entwickelten Hypothesen. Die Studie kann somit einen Beitrag zur Antwort auf die Frage leisten, warum entgegen den Erwartungen rationalistisch-institutionalistischer Ansätze wie der Vetospieler-Theorie in einzelnen Feldern gerade in verhandlungsdemokratisch geprägten politischen Systemen besonders grundlegende und nachhaltige Policy-Veränderungen zu beobachten sind. Eine abschließende Beurteilung der Erklärungskraft der hier exemplarisch illustrierten Perspektive für andere Felder und andere politische Systeme (insbesondere auch für präsidentielle Regierungssysteme) bedarf allerdings weiterer Studien.